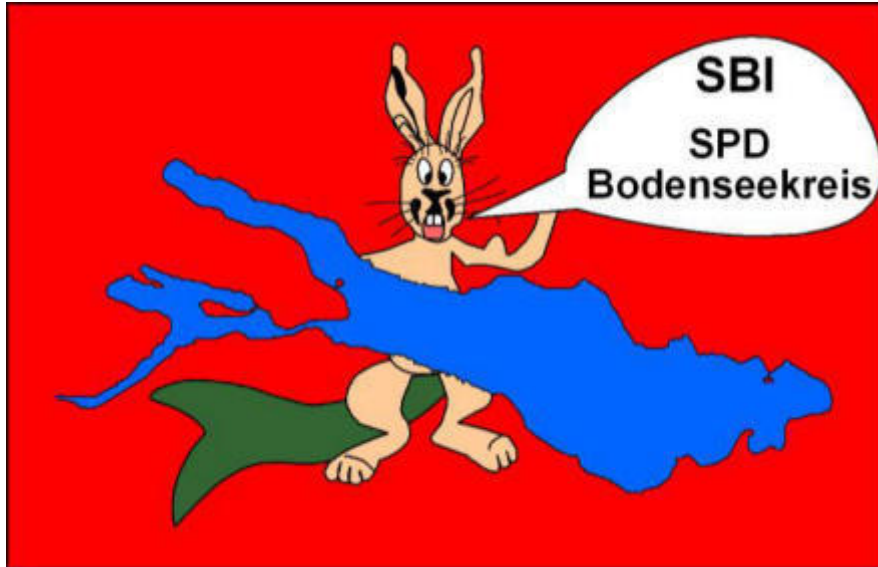


„Der Rote Seehas“



Internetzeitung von und für Sozialdemokraten, Verbände und Privatpersonen aus der internationalen Bodenseeregion

Editorial

„Magna soll Opel retten - Einigung im Kanzleramt“; so titelt die SZ heute. Der kanadisch-österreichische Autozulieferer Magna soll Opel übernehmen. Bund, Länder sowie der Mutterkonzern GM, der Investor Magna und das US-Finanzministerium haben sich in der Nacht zum Samstag in Berlin auf ein Rettungskonzept verständigt, die Arbeitsplätze der Opel-Beschäftigten sollen gesichert sein

Laut Finanzminister Peer Steinbrück (SPD), besteht die Einigung aus drei wesentlichen Punkten. So gebe es einen Vorvertrag ("memorandum of understanding") zwischen GM und dem kanadisch-österreichischen Magna-Konzern, der zusammen mit russischen Partnern bei Opel einsteigen will.

Frau Merkel schaffte wieder den Spagat: Sie war voll des Lobes für den Wirtschaftsminister, der sich doch eigentlich auf deutscher Seite als der große Bremsen erwiesen hatte. So münzt man einen Sieg der SPD in einen Erfolg der Union um – ob das alle WählerInnen abnehmen?

Dem alten und neuen Bundespräsidenten herzlichen Glückwunsch. Respekt für Gesine Schwan, sie hat

die Präsidentenwahl zu einer echten Wahl werden lassen.

Die von der Presse rund um den Bodensee recht stiefmütterlich behandelte SBI hat ihre Probe in Europa-Reife mit Sicherheit besser bestanden als diese: Ein anwesender Berichterstatter hätte ein Novum besichtigen können, einen leibhaftigen Eurpaabgeordneten aus Österreich, der an einem EU-Wahlkampfstand in Lindau (Deutschland) Werbung für die EU-Wahlen machte.

Den WählerInnen, die am 07. Juni zur Wahl gerufen sind (in BW auch zur Kommunalwahl) sei Müntes Aufforderung wiederholt:

„Macht mit, mischt Euch ein!“

Politik ist die aktive Teilnahme am öffentlichen Leben.

Dies gilt für jede Gemeinde, jedes Land, für ganz Europa.

**es grüßt Sie
die Redaktion**

Karl-Heinz König, Willi Bernhard

Inhaltsverzeichnis

- Deutsche Parteien führen müden Europa-Wahlkampf – 10 gute Grüne für mehr SPD in Europa - Europäische Wähler entscheiden sich für Konstanz	S. 2-4
- Kreisverband Bodensee – MdL Norbert Zeller: SPD unterstützt Kritik der Arbeitgeber an geplanter Werkrealschule	S. 4-5
- Kommunalpolitik und Bürgernähe - All-Parteien-Gespräch zur Wahl des Kreisparlaments am 7. Juni - Podiumsdiskussion zur Europawahl in der Zeppelin-Universität Friedrichshafen	S. 5-7
- Nein zu Verfassungsänderungen	S. 7
- SBI: Frühjahrstagung der Sozialistischen Bodensee-Internationale - „Finanzkrise in Europa“	S. 8-13
- SP Kanton SG: Welche Bildung braucht die Wirtschaft? - Massnahmen gegen Prämienanstieg und klare Unterstützung der Lehrstelleninitiative	S. 13-14
- SPÖ Vorarlberg: Deine Vorzugsstimme für Herbert Bösch - Herbert Bösch unterwegs in Höchst - SPÖ-Posch: Gehaltsverzicht kein Rezept gegen Wirtschaftskrise	S. 14-15
- Mattheis begrüßt die Entscheidung der UNESCO zur Anerkennung der Schwäbischen Alb als Biosphärenreservat - Erklärung zu diamorphingestützter Substitutionsbehandlung	S. 15-16
- Gleicher Lohn jetzt – und nicht in 150 Jahren - Nein zu Verfassungsänderungen (Forts.)	S. 16-17
- Nein zum Anbau von Gen-Mais	S. 17
- Fit für die Europawahl – Das SPD-Europaquiz – Lösungen	S. 18-19
- Termine - Schulz hält Merz als Industriekommissar für ungeeignet	S. 20

Europawahl 2009

Deutsche Parteien führen müden Europa-Wahlkampf

Von Frank Rafalski, dpa

Berlin (dpa) - Einen Rekord hat die Europawahl am 7. Juni bereits aufgestellt. Der Wahlzettel, den die Wähler in die Urne stecken oder bei Briefwahl per Post versenden werden, ist der bisher längste bei Wahlen. Mit 31 Vorschlägen ist er 94 Zentimeter lang. Neben den Alt- Parteien kämpfen so kuriose Vereinigungen wie «Die Violetten - für spirituelle Politik» oder «Die Piratenpartei Deutschlands» um die 99 Abgeordneten-Sitze aus Deutschland in Straßburg.

Größere Sorgen bereitet den etablierten Parteien allerdings die Wahlbeteiligung. Sie könnte so niedrig ausfallen wie noch nie bei Europawahlen. 2004 lag sie schon bei schwachen 43 Prozent. Fällt die Beteiligung diesmal unter 40 Prozent, wäre das ein Debakel für das Selbstverständnis des größten EU-Gründungsmitglieds, das sich traditionell als besonders europafreundlich sieht. In sieben Bundesländern finden gleichzeitig Kommunalwahlen statt. Die Hoffnung ist nun, dass diese bürgernahen Wahlen helfen, die Beteiligung insgesamt zu erhöhen.

Die CDU-Vorsitzende und Kanzlerin Angela Merkel hat schon mal vorsorglich jede Signalwirkung der Europawahl für die Bundestagswahl im Herbst bestritten: «Damit würde man dem großen Anliegen

Europa auch gar nicht gerecht werden.» Die Umfragen signalisieren der Union Stimmeneinbußen. Sie kam 2004 auf 44,5 Prozent. Die SPD (2004: 21,5) kann dagegen mit Gewinnen rechnen. Die kleineren Parteien dürften insgesamt ebenfalls zulegen.

Am stärksten muss die CSU bangen. Sie hat bei der Landtagswahl im Herbst 2008 ihren Nimbus als Partei der absoluten Mehrheit verloren. Bei der Europawahl muss sie bundesweit die Fünf-Prozent-Hürde überspringen, um wieder Abgeordnete nach Straßburg zu entsenden. Auch bei deutlichen Stimmeneinbußen (2004: 57,4) dürfte sie das allerdings schaffen.

Erst ab einem Ergebnis um 41 Prozent bei schwacher Wahlbeteiligung wird es für die bayerische Partei brenzlig. Spannend wird es auch für die Freien Wähler. Gelingt ihnen der Sprung nach Straßburg, wollen sie auch eine Kandidatur für den Bundestag prüfen. Die deutsche Parteienlandschaft würde noch mehr durchgerüttelt.

Um so etwas wie Wahlkampfstimmung aufkommen zu lassen, müssten die Wahlkämpfer aber wenigstens ein oder zwei Themen finden, mit denen sie die Wähler für Europa begeistern können. Bislang ist da Fehl-anzeige. Die inhaltsarmen Wahlkampflogos wirken nicht gerade zündend. Sie reichen von «Wir in Europa» (CDU) oder «Finanzhaie würden FDP wählen» (SPD) bis zu «Startklar für Europa» (FDP), «Ver-nunft!» (Die Linke) und «WUMS!» der Grünen.

Versuche aus der Union, inhaltliche Themen wie die Türkei- Mitgliedschaft oder Volksbefragungen zu EU-Entscheidungen aufs Tapet zu bringen, haben

bislang auch keinen Schwung in den Wahlkampf gebracht. Zu sehr sind Regierung und Opposition mit der Bewältigung der aktuellen Wirtschaftskrise beschäftigt.

Die fehlende Personalisierung im Wahlkampf versuchen Union und SPD mit ihrem Streit über den nächsten deutschen EU-Kommissar zu kompensieren. Die SPD will für die Nachfolge von Günter Verheugen wieder einen Sozialdemokraten in die nächste Kommission schicken. Die Union meldet dagegen den Anspruch an, nach 15 Jahren endlich wieder einen aus ihren Reihen für die «Regierung» der EU zu nominieren.

Auch dieses Thema dürfte die Masse der Wähler allerdings nicht gerade vom Hocker reißen und zur Wahlurne treiben. Über der Wahl schwebt derweil die große Frage der Reformfähigkeit der EU. Der Vertrag von Lissabon ist noch immer nicht unter Dach und Fach. Vermutlich erst im Oktober werden darüber die Iren in einem zweiten Referendum abstimmen.

Auch Deutschland selbst hat seine Hausaufgaben in Sachen EU-Reform noch nicht erledigt. Das Bundesverfassungsgericht muss erst noch über die Klagen aus dem Bundestag gegen den Reformvertrag von Lissabon entscheiden. Ende Juni, spätestens Anfang Juli soll es so weit sein. Die Europawahl wird dann schon längst vorbei sein.

dpa rf yydd w4 k6 sk 270329 Mai 09

27.03.2009

EUROPA Nachrichten

10 gute Gründe für mehr SPD in Europa.

Am 7. Juni wird in Deutschland das Europäische Parlament gewählt. Die Bürgerinnen und Bürger können die marktradikale Mehrheit der Konservativen und Liberalen abwählen und ein soziales Europa der Menschen wählen. Die SPD steht:

- 1** Für eine starke gemeinsame Antwort Europas auf die Wirtschafts- und Finanzkrise und den aktiven Schutz und Erhalt von Arbeitsplätzen in der Krise.
- 2** Für klare Verkehrsregeln auf den Wirtschafts- und Finanzmärkten – gegen zügellose Spekulation und ein bloßes „Weiter so“ nach der Krise.
- 3** Für starke Arbeitnehmerrechte, Mitbestimmung und existenzsichernde Mindestlöhne in ganz Europa – gegen Lohn- und Sozialdumping.

4 Für den Vorrang sozialer Grundrechte vor den freien Marktkräften im europäischen Binnenmarkt durch die Einführung einer sozialen Fortschrittsklausel - gegen ein marktradikales Europa.

5 Für eine starke europäische Industriepolitik insbesondere für die kleinen und mittleren Unternehmen und das Handwerk in Europa – gegen unnötige bürokratische Lasten für die Unternehmen.

6 Für eine neue europäische Bildungsoffensive mit starken Investitionen in Bildung und Weiterbildung, Innovation, Forschung und Entwicklung und für den freien Zugang zu Bildung als einem Menschenrecht von der Kindertagesstätte bis zur Hochschule.

7 Für eine fortschrittliche Gleichstellungspolitik mit einer Geschlechterquote von 40% in den Aufsichtsräten deutscher Unternehmen und einer neuen europäischen Initiative für Lohngleichheit zwischen den Geschlechtern.

8 Für ein soziales Europa der Vielfalt mit starken Kommunen und Regionen, bürgernaher Politik und einem wirksamen europäischen Schutz für Dienstleistungen der Daseinsvorsorge – gegen einen Ausverkauf kommunalen Eigentums.

9 Für einen starken europäischen Klima- und Umweltschutz und eine ökologische Industriepolitik der EU, die in erneuerbare Energien investiert und Wirtschaft, Arbeit und Umwelt zusammenbringt – gegen Atomkraft und ein Zurück in die energiepolitische Steinzeit.

10 Für ein Europa, das für Frieden, Abrüstung, Entwicklung und soziale Gerechtigkeit weltweit eintritt.

Mehr SPD für Europa! Darum geht es bei der Europawahl am 7. Juni!

www.wahlkampf09.de

Herausgeber:

SPD – Der Parteivorstand

Europäische Wähler entscheiden sich für Konstanz

**Neue Europawahlprognose von Predict09.eu -
Tweelect09 holt die Wahlkampfdebatte nach
Hause**

Berlin (ots) - Die Wähler werden sich bei der Europawahl 2009 für politische Konstanz entscheiden. So lautet die aktuelle Prognose von Predict09.eu, ein Vorhersagemodell, das erstmals Umfrageergebnisse aus allen Mitgliedsstaaten zu einer gemeinsam europäischen Prognose zusammenfasst.

Laut der jüngsten Prognose würde die konservativ-christdemokratische EVP-ED auch trotz eines mögli-

chen Ausscherens der britischen Konservativen und der tschechischen ODS weiter die größte Fraktion stellen. Die sozialdemokratische SPE-Fraktion könnte ihre relative Stärke im Parlament leicht ausbauen. Insgesamt schließen die Mitte-Links-Parteien auf und stellen ungefähr gleich viele Mandate wie die Mitte-Rechts-Parteien. Rechts- und Linksaußen-Parteien und Europaskeptiker werden auch im neuen Parlament keine tragende Rolle spielen.

Die Prognose für das neue Europaparlament:

EVP (u. a. CDU/CSU):	248 Sitze (-40)
SPE (u. a. SPD):	207 Sitze (-10)
ALDE (u. a. FDP):	88 Sitze (-12)
Union für das Europa der Nationen/ Europäische Konservative*:	62 Sitze (+18)
Vereinigte Linke/Nordische Grüne (u. a. LINKE):	44 Sitze (+3)
Grüne/Freie Europäische Allianz (u. a. B90/GRÜNE):	42 Sitze (-1)
Unabhängigkeit und Demokratie:	19 Sitze (-3)
fraktionslos:	26 Sitze (-4)

*) inkl. Britische Konservative und Tschechische ODS

Trotz des stabilen Ergebnisses auf europäischer Ebene erwartet die Prognose für die einzelnen Ergebnisse in den Mitgliedsstaaten teils deutlich abweichende Ergebnisse gegenüber 2004 vor.

So auch in Deutschland:

	Stimmverteilung		Sitzverteilung	
	2009	Veränderung	2009	Veränderung
	Wahl 2004		Wahl 2004	
CDU/CSU	34,7%	- 9,8%	36	-13
SPD	30,0%	+8,5%	32	+ 9
FDP	10,0%	+3,9%	11	+ 4
B90/Grüne	10,0%	- 1,9%	11	- 2
DIE LINKE	8,9%	+2,8%	9	+ 2

SO FUNKTIONIERT PREDICT09.EU

Predict09.eu stellt ein neuartiges Prognoseverfahren dar. Mit ihm ist es erstmals möglich sein, im Vorfeld von Europäischen Wahlen belastbare Prognosen abzugeben. Predict09.eu ist ein Modell, das im Auftrag von Burson-Marsteller von der London School of Economics und dem Trinity College Dublin entwickelt wurde. Auf www.predict09.eu werden regelmäßig neue nationale Prognosen eingespeist und die möglichen Konsequenzen für die Sitzverteilung im Europäischen Parlament dargestellt.

TWEETELECT09 HOLT DIE EUROPAAHLDEBATTE NACH HAUSE

Mit TweetElect09 hat Burson-Marsteller aktuell ein zweites Angebot gestartet, mit dem sich die Wählerinnen und Wähler im Vorfeld der Europawahl über die politische Stimmungslage in der gesamten EU informieren können. Auf <http://tweetelect09.eu> wird die Europawahldiskussion auf der Microblogging-Plattform Twitter wiedergegeben und analysiert.

ÜBER BURSON-MARSTELLER

Burson-Marsteller, eine der global führenden Public Relations Agenturen und Unternehmensberatungen für Kommunikation wurde 1953 in den USA gegründet. Seit 1973 ist das Unternehmen in Deutschland tätig, mit Büros in Frankfurt/Main und Berlin.

Originaltext: Burson Marsteller Berlin
Übermittelt durch: EUROPA-Nachrichten

**SPD - Kreisverband
Bodenseekreis**



MdL Norbert Zeller

SPD unterstützt Kritik der Arbeitgeber an geplanter Werkrealschule (dazu 0043)

Bildungsexperte Zeller:

„Bei diesem Konzept perfektioniert die Landesregierung ihren Trennungs-Wahn in der Schule, anstatt die Kinder gemeinsam bis zum Ende der 10. Klasse lernen zu lassen“

Die SPD-Fraktion teilt die heftige Kritik von Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt am Konzept der Landesregierung zur Werkrealschule. Hundt bemängelt vor allem die vorgesehene Notenhürde von 3,0 in den Hauptfächern für den Übergang in die zehnte Klasse. Während an den Realschulen und Gymnasien das Versetzungszeugnis ausreiche, um den Hauptschulabschluss oder den mittleren Bildungsabschluss zu erreichen, müssten die Schüler an den Werkrealschulen besondere Voraussetzungen erfüllen, erklärte der SPD-Bildungsexperte und Vorsitzende des Schulausschusses, Norbert Zeller. „Dadurch perfektioniert die Landesregierung ihren Trennungs-Wahn in der Schule, anstatt die Kinder gemeinsam bis zum Ende der 10. Klasse lernen zu lassen“, kritisierte der Bildungsexperte.

Zeller hält auch die Beteuerungen der Landesregierung, dass es sich beim Werkrealschulabschluss um einen gleichwertigen mittleren Bildungsabschluss wie bei der Mittleren Reife handele, für unglaubwürdig. Kultusminister Rau selbst konterkarierte diese Auffassung, indem er an der gemeinsamen Grundschullempfehlung für die Haupt- und die Werkrealschule festhalte. Dadurch bringe er den qualitativen Unterschied der Werkrealschule zur Realschule sowie der dort erworbenen Abschlüsse zum Ausdruck. „Wenn Werkrealschule und Realschule wirklich gleichwertig wä-

ren, dann bräuchte Rau bei der Grundschulempfehlung auch keine Unterscheidung zwischen den beiden Schularten“, erklärte Zeller.

Dr. Roland Peter, Pressesprecher

Kommunalpolitik und Bürgernähe

Seit dem Aufkommen der Massenmedien kennen wir alle das Problem, dass immer weniger BürgerInnen zu Veranstaltungen von Parteien und Wählergemeinschaften kommen. Gründe dafür können viele genannt werden.

Politikverdrossenheit ist meist das Ergebnis negativer Erfahrungen mit dem Verhalten von Politikern. In Wirklichkeit versteckt sich oft Resignation hinter der „Politikverdrossenheit“: „Die da oben lügen, sie machen was sie wollen“, sind die Argumente für das Wegbleiben vieler potentieller WählerInnen von politischen Veranstaltungen und von Wahlen. Das Desinteresse gilt meist nicht der Politik sondern dem politischen Personal. Das erstaunlich hohe politische Wissen der Allgemeinheit ist so am ehesten erklärbar.

Man sollte meinen, das gelte nicht für die Kommunalpolitik mit ihrem Schwerpunkt in der Persönlichkeitswahl. Doch gerade da zeigen die Menschen oft großes Desinteresse. Wahlveranstaltungen sind oft erschreckend gering besucht. Manchmal schaffen es die Gruppierungen nicht einmal die eigene Klientel zu mobilisieren.

Um den WählerInnen entgegen zu kommen, gibt es seit einigen Jahren Versuche mit überparteilichen Veranstaltungen, bei denen sich die Gruppierungen gemeinsam den WählerInnen stellen und ihre Vorstellungen präsentieren. Wo solche Veranstaltungen zustande kamen, war der Erfolg meist durchaus ansehnlich:

Den Teilnehmern an den Veranstaltungen sah man nicht an, welche politische Richtung sie vertraten. Daher kamen mehr Leute. Die Gruppierungen konnten ihre Anhänger besser mobilisieren. Bei guter Moderation kamen ehrliche Diskussionen zustande. Die Menschen konnten sich so über die politischen Ziele der einzelnen Gruppierungen vergleichend orientieren.

Schauplatz: ein Städtchen im Bodenseekreis. Insgesamt sechs Gruppierungen bewerben sich für den Gemeinderat. Der Sprecher der SPD schlägt seinen KollegInnen eine überparteiliche Veranstaltung vor: Jede Gruppierung sucht drei BewerberInnen für das Podium aus, die pro Gruppe eine Kurzvorstellung mit beschränkter Redezeit abgeben. Der Moderator (Redakteur einer Tageszeitung) gibt dann die Frage- und Diskussionsrunde mit dem Publikum frei. Bedingung

für die Veranstaltung, alle Gruppierungen machen mit.

Der Fraktionssprecher der bisherigen Mehrheitsfraktion stellt fest, dass er alle Kandidaten seiner Liste auf dem Podium haben wolle, sie seien nämlich alle Spitzenkandidaten. Damit war die Runde geplatzt: man stelle sich eine Podiumsdiskussion vor mit 100 +/- x Personen nicht im Publikum sondern auf dem Podium.

Natürlich ist es das gute Recht jeder Gruppe, eine solche Veranstaltung abzulehnen. Selbst eine Ablehnung ohne Angabe von Gründen wäre zu akzeptieren.

Da eine Begründung vorgebracht wurde, darf man schon mal nachhaken. Wenn alle Kandidaten als Spitzenkandidaten angesehen werden, kann auch einmal die Frage gestellt werden wozu es dann eines Sprechers bedarf. Es könnten doch alle gleichzeitig sprechen – oder nicht? Die Ablehnungsbegründung ist schlicht fadenscheinig. Ist etwa die Unsicherheit der „Spitzenkandidaten“ so groß, dass sie sich nicht zur Diskussion stellen wollen oder sind sie zu arrogant?

Demokratisch ist solches Verhalten allemal nicht. **Kommunalpolitik ist Dienst an der Allgemeinheit, an der Gemeinde.** Wer verhindern will, dass die WählerInnen sich vergleichend über die zu wählenden Personen informieren können, dient nicht den Interessen der Allgemeinheit. Er dient egoistischen Neigungen - auch als Gruppierung.

Karl-Heinz König

All-Parteien-Gespräch zur Wahl des Kreisparlaments am 7. Juni

Der Häfler Ortsverband der Öffentliche Dienste-Gewerkschaft ver.di mit seiner neuen Vorsitzenden Anita Vooren veranstaltete eine Podiumsdiskussion mit den führenden Kandidaten der Parteien und Wählervereinigungen für die Kreistagswahl am 7.Juni im Bezirk Bodenseekreis/Friedrichshafen. Der dynamische Moderator Herbert Guth vom Südkurier behielt stets die Übersicht über eine muntere und streckenweise kontroverse Diskussion zwischen Norbert Zeller (SPD), Dieter Hornung (CDU), Dagmar Höhne (Freie Wähler), Wolfgang Metzler für die Grünen, Hans-Peter Wetzel (FDP) und Detlef Schönig (Die Linke), der auch für den Bundestag am 27. September kandidiert. Immerhin rund 70 Besucher, viele davon von der ver.di-Gewerkschaft, versammelten sich im Nebenzimmer des Hotels Waldhorn im Häfler Stadtteil Manzell.

Breiten Raum nahm bei der Debatte der Straßenbau im Bodenseekreis ein. Die beiden Sprecher für die Linke Partei und für die Grünen im Bezirk Friedrichshafen lehnten weitere Maßnahmen im Straßenbau ab und plädierten für den Ausbau des öffentlichen Personenverkehrs. Die anderen Parteien bzw. Freie Wähler treten für den Vollzug der Planungen für das Projekt der Bündelungs-Trasse B 31/B33 ein, wo in ein paar Wochen der Verwaltungsgerichtshof in Mannheim zu eingereichten Klagen von bürgerlichen Einsprechern eine Entscheidung treffen wird.

Norbert Zeller wandte sich gegen die Haltung von CDU und Freien Wählern im Kreistag, zur Finanzierung einzelner Projekte wie die Umfahrung von Markdorf Eigenmittel des Landkreises einzusetzen, obwohl der Fernstraßenbau eindeutig eine Bundesaufgabe sei. Die SPD im Kreistag warnt vor Einsparungen im Sozialbudget als Folge dieser Finanzpolitik beim Straßenbau. Auch der FDP-Sprecher Wetzel sprach sich gegen eine Mitfinanzierung durch den Landkreis aus. In diesem Zusammenhang begrüßte Dagmar Höhne, die neue Häfler Ortsvorsitzende der Freien Wähler, die Existenz der politischen Parteien auf Bundes- und Landesebene, nachdem ihr Norbert Zeller die Kampagne der Freien Wähler vorgehalten hatte, parteiunabhängige Kandidaten wie die Freien Wähler zu unterstützen. „Wir wissen schon, dass es beim Vollzug wichtiger Gesetzes- und Bauvorhaben ohne die politischen Parteien im Bund und im Land nicht geht“, sagte Frau Höhne.

Anschließend gab Herbert Guth das Thema „Haushaltskonsolidierung“ vor. Einmütig wandten sich alle Politiker auf dem Podium gegen Sparmaßnahmen im Sozialetat des Landkreises. „Erst recht nicht in der jetzigen Wirtschaftskrise“, fügte Zeller hinzu. Für die kommenden Jahre ist die Umsetzung des Aktionsprogramms im neuen Familienbericht des Bodenseekreises geplant. Der Stellenplan im Kreisjugendamt wurde um zwei Personalstellen erweitert. Mit der ambulanten Betreuung sozial- und familiengeschädigter Jugendlicher durch diese neuen Mitarbeiter können teure Heim-Einweisungen vermieden werden. Norbert Zeller wies ergänzend darauf hin, dass der Bodenseekreis mit der Rendite aus dem Anteil an der OEW(Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke) in dem baden-württembergischen Stromkonzern EnBW offensiver umgehen müsse, um den zu erwartenden Rückgang bei den Schlüsselzuweisungen des Landes in Höhe von 2 Millionen Euro an den Landkreis auszugleichen.

Warum werden Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge im kommunalen Bereich privatisiert? „Wir haben die Privatisierung nur dort betrieben, wo es nicht anders ging“, beteuerte der CDU-Sprecher Dieter Hornung, etwa bei der Finanzierung des neuen Landratsamtsgebäudes in der Albrechtstraße mit dem ppp-Modell (Public Private Partnership). Norbert

Zeller bedauerte die Privatisierung des Krankenhauses in Tettngang und wunderte sich über die Haltung der Personalräte bzw. der verdi-Gewerkschafter, die den Verkauf an Waldburg-Zeil unter Hinweis auf gewisse Sachzwänge damals hingenommen haben.

Hartmut Plötz, der frühere Mitarbeiter von Rudolf Bindig, lenkte zum Schluss den Blick auf den Klimaschutz und die Umstellung in der regionalen Wertschöpfung auf künftige Erfordernisse im Energie- und Klimabereich. Hier verwies Dieter Hornung auf den Antrag der CDU im Kreistag für eine spezielle Klima-Analyse für den Bodenseekreis. Eine künftige Energie-Agentur Oberschwaben soll auf der Grundlage der Klima-Analyse Maßnahmen zum Ausbau regenerativer Energieträger realisieren. Mit der Ausarbeitung ist der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben beauftragt worden. Der Kandidat der Linken forderte vehement den Ausbau des öffentlichen Personenverkehrs mit Bahn und Bus in der Bodenseeregion im Interesse der sozial benachteiligten Mitbürger/innen, die darauf angewiesen seien. Norbert Zeller will mit einer nachhaltigen Politik ebenfalls dafür sorgen, „dass der Bodenseekreis auch in den kommenden Jahrzehnten der schönste Landkreis weit und breit bleiben kann.“

W. Bernhard

Podiumsdiskussion zur Europawahl in der Zeppelin-Universität Friedrichshafen

Die jungen Europäischen Föderalisten haben sich von widrigen Umständen nicht abhalten lassen. Sie führten Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahlen zum Europaparlament zur einzigen Podiums-Diskussion im Bodenseekreis(zwischen Überlingen und Tettngang) zusammen. Mit von der Partie waren zwei gebürtige Luxemburger, der Jungliberalen-Kandidat Tom Eich und der frühere Juso und jetzige Kandidat für die Links-Partei, Sascha Wegener. Die CDU schickte den JU-Bezirksvorsitzenden Norbert Lins (Horgenzell) ins Rennen, die Grünen ihre Stuttgarter EU-Abgeordnete Heide Rühle, mit dem 3. Platz auf der Liste ihrer Partei wohl sicher wieder im EU-Parlament. Und die SPD? Mit seinem flotten Wahlkampf-Transporter fand Alfred Diebold den Weg zur Zeppelin-Universität am Seemooser Horn in Friedrichshafen. Diebold ist der Kandidat der südwestdeutschen SPD und ist auf Platz 41 der SPD-Bundesliste nominiert. Bei der letzten Europawahl 2004 konnten noch 23 Bewerber/innen aus der Liste der deutschen Sozialdemokrat/innen ins EU-Parlament einziehen. 1994 waren es noch 40 EU-Abgeordnete von der SPD. Alfred Diebold leitet das Büro der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung in der albanischen Hauptstadt Tirana und setzt sich besonders für den Beitritt weiterer Balkan-Staaten in die EU ein.

Nach der Wahl am 7. Juni wird das EU-Parlament übrigens in der Zahl seiner Sitze von 785 auf 736 verkleinert. Deutschland stellt 99 EU-Abgeordnete, Österreich 17. Malta hat die wenigsten Abgeordneten in Straßburg bzw. Brüssel, nämlich 5.

Das Podium wurde kurzfristig noch erweitert um die ZU-Studentin Angelika Schenk, die aus der Sicht der Jungwähler/innen Fragen an die Kandidaten stellen durfte. Zwei Stunden mussten die Europa-Lobbyisten auf dem Podium stehend an hohen Bistro-Tischen ihre Argumente vortragen, abwechselnd aufgerufen vom jungen Moderatoren-Duo Cornelia Wiethaler und Johannes Heuser. Die 1. Runde widmete sich dem europäischen Forschungsprogramm mit den Schwerpunkten Gen-Technik und Atomforschung. „Wer braucht den Gen-Mais von Monsanto?“ fragte Alfred Diebold und erntete einhellige Zustimmung selbst von den FDP- und CDU-Sprechern auf dem Podium. Lins trat allerdings für die Weiterführung der Gen-Forschung ein. Heide Rühle berichtete von einem enormen Druck der Biotechnologie-Lobby in Brüssel um das 11 Milliarden-Forschungsprogramm.

Um die Stipendienprogramme Erasmus und Comenius für junge Leute bzw. Studierende ging es im 2. Teil der Podiumsdiskussion. Die EU zahlt einen Sockelbetrag von 200 Euro für jeden Studierenden, der an einer Uni im EU-Ausland studieren will. Der Sockelbetrag wird von den jeweiligen EU-Staaten noch mit eigenen Fördermitteln aufgestockt, allerdings mit sehr großen Unterschieden zwischen den einzelnen Staaten. An dieser Stelle baute Diebold geschickt eine Werbebotschaft ein für das Stipendienprogramm der Friedrich-Ebert-Stiftung. Leider geht beim Erasmus-Programm in letzter Zeit die Nachfrage etwas zurück. Liegt es an der zunehmenden Verschulung des Studiums durch Bachelor und Master?

Im 3. Teil der Podiumsrunde standen die Finanzkrise und die Lissabon-Strategie 2000/2010 im Vordergrund. Hier forderte der SPD-Kandidat neue Rahmenbedingungen zugunsten einer schärferen Aufsicht und Kontrolle über die anonymen Finanzmärkte. Kontroversen löste die Forderung des französischen Präsidenten Sarkozy nach einer gemeinsamen Wirtschaftsregierung in Ergänzung zur unabhängigen Europäischen Zentralbank als oberste Währungshüterin aus. FDP und CDU sind dagegen, die anderen dafür. Diebold forderte mehr Mittel für Konjunkturprogramme, auch wenn dadurch die Verschuldung größer wird. Am Rande wurde auch der Lissabon-Vertrag angesprochen.

Die Europa-Verdrossenheit vieler Bürger/innen und die Bedeutung der Europawahl am 7. Juni beschäftigte die Aktiven auf dem Podium und das Publikum (etwa 50 Leute) am Schluss der Veranstaltung. Viele Menschen verstehen Europa nicht richtig, deshalb muss in den Parteien und in der öffentlichen Meinung

auch nach der Europawahl das Thema „Europäische Zusammenarbeit“ viel stärker thematisiert werden, ist Alfred Diebold überzeugt. Unter der neuen Internet-Adresse

www.europa-verbessern.de

gibt er zusätzliche Informationen zu seinen europäischen politischen Schwerpunkten.

W. Bernhard

Nein zu Verfassungsänderungen

Renate Gradistanac stimmte im Bundestag gegen Föderalismusreform II

Renate Gradistanac hat am gestrigen Freitag im Deutschen Bundestag in namentlicher Abstimmung gegen die Verfassungsänderungen zur Föderalismusreform II gestimmt.

Gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen ihrer Fraktion unterzeichnete die SPD-Bundestagsabgeordnete die folgende persönliche Erklärung:

"Ohne die von den Finanzmärkten ausgegangene Weltwirtschaftskrise hätten wir derzeit ausgeglichene öffentliche Haushalte. Es war das Ergebnis wirtschaftlichen Wachstums der Jahre 2005 bis 2008, dass wir uns aus der Krise heraus wachsen konnten, anstatt die Krise der vorangegangenen Jahre durch Sparen zu verschärfen. Diese Entwicklung war vor allem von sozialdemokratischer Wirtschafts- und Finanzpolitik geprägt. Dieser Ausgleich der öffentlichen Kassen erforderte keine verfassungsrechtliche Regelung.

Es bedarf daher keines Beweises der Bereitschaft der Sozialdemokratie, Schulden zu begrenzen und abzubauen. Auch unser Entwurf des Regierungsprogramms zur Bundestagswahl 2009 ist der einzige Wahlprogramm-entwurf, der überhaupt die Frage der künftigen Staatsfinanzen konstruktiv aufgreift und Vorschläge zur Finanzierung künftiger Staatsausgaben macht (zum Beispiel Börsenumsatzsteuer, Solidarbeitrag für Bildung). CDU, CSU und FDP überbieten sich gegenseitig mit Ankündigungen zu Steuerensenkungen. Sie beschwören einerseits die grundgesetzliche "Schuldenbremse", lassen andererseits aber jeden Ansatz vermissen, wie sie die Schulden abbauen wollen.

Ihre Vorschläge führen allesamt in höhere Verschuldung. Dies gilt gerade auch für die Aussage der Kanzlerin, bei Wachstum die Steuern zu senken. Dieses Geld würde für den Schuldenabbau fehlen. CSU und CDU haben faktisch den Konsens der Großen Koalition verlassen und den Anspruch verloren, in dieser Frage die Einhaltung von Koalitionsabsprachen einzufordern.

Fortsetzung auf S. 16

Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und Gewerkschaften

www.bodensee-internationale.org



Frühjahrstagung der Sozialistischen Bodensee- Internationale

in Lindau mit Heiner Flassbeck, Hildegard Fässler und Herbert Bösch zur Weltfinanzkrise

Die Tagungsstätte in der Akademie Schönbühl wird von einem Genossen, Alfred Weinberger, geleitet und bietet bei sonnigem Wetter einen herrlichen Blick auf die Inselstadt Lindau und auf das angrenzende Vorarlberger und Schweizer Seeufer. Ideale Voraussetzungen also, um sich von 3 namhaften internationalen Experten auf den aktuellen Erkenntnisstand bei den Ursachen und Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise bringen zu lassen. Heiner Flassbeck ist deutscher Chefökonom und Volkswirt bei der UNCTAD-Behörde in Genf, die sich mit Strategien der Globalisierung und der Zusammenarbeit mit Schwellen- und Entwicklungsländern befasst. Außerdem war er Staatssekretär im deutschen Bundesfinanzministerium unter Oskar Lafontaine Ende der 90er Jahre. Im Buchhandel können seine aktuellen und sehr lesenswerten Veröffentlichungen bestellt und schon am nächsten Tag abgeholt werden. Nicht ganz 50 Teilnehmer/innen (immerhin) führte der Weg am Samstagmorgen zu der Frühjahrstagung der Bodensee-Internationale, die auch durch die sachkundigen Ausführungen von Hildegard Fässler und Herbert Bösch ein hohes Informationsniveau erzielen konnte. Die Schweizer SP-Nationalrätin Hildegard Fässler ist Präsidentin der Parlamentskommission Wirtschaft und Abgaben und stand bis vor zwei Jahren der Fraktion der Sozialdemokraten im Nationalrat (Bundesparlament in Bern) vor. Herbert Bösch ist schon seit 1994 für die SPÖ Vorarlberg Mitglied im EU-Parlament in Brüssel und ist Vorsitzender des Haushaltskontrollausschusses. Bösch war außerdem Initiator der EU-Behörde OLAF zur Bekämpfung von Betrug und Korruption in Europa.

Unübersehbar ist die Finanzkrise auch im Dreiländereck am Bodensee angekommen. Über 700 Firmen (meist aus der Automobil-Zuliefererbranche) haben rings um den See Kurzarbeit angemeldet, die Arbeitslosenzahlen steigen, der Umsatz geht da und dort um 50 Prozent zurück. Bis Ende Mai hat die Agentur für Arbeit (Bezirk Oberschwaben) 5,1 Millionen Euro Kurzarbeitergeld ausbezahlt für rund 24 000 Beschäftigte. Letztes Jahr im Mai waren es gerade mal 30 000 Euro Kurzarbeitergeld. Die Ausführungen von Flassbeck zur Finanz- und Wirtschaftskrise waren gekennzeichnet von dem ausgeprägten Dualismus zwischen der Macht der Akteure im Hedgefonds- und Investment-Kapitalismus auf der einen Seite und der relativen Ohnmacht der Politik auf der anderen Seite. Nach dem 2. Weltkrieg hat es eine Serie von Finanzkrisen gegeben (Ölkrise 1975, Börsencrash 1987, Währungskrisen in den 90er Jahren, Dotcomkrise 2001, regionale Finanzkrisen in Südostasien). Munter wurde wie im Casino an den Börsen mit Fremdkapital gespielt, gezockt und spekuliert mit Währungen, mit Immobilien, Rohstoffen und Aktien. Die Zockerbanker produzieren nichts, und früher oder später müssen die künstlichen Pyramiden in sich zusammenfallen oder die Luftblasen platzen, sagt Flassbeck. Leidtragende sind bei all diesen Krisen stets die, die nicht zocken, sondern dabei nur erstaunt zuschauen: die Beschäftigten in der Realwirtschaft und die Steuerzahler. Und die Politik? Der G-20-Gipfel der Staats- und Regierungschefs hat für Flassbeck kaum etwas gebracht. „Ein bisschen Schutt wegräumen und dann wieder business as usual? Die USA und Großbritannien verhindern nachhaltigere Einschnitte in die Banken- und Börsenaufsicht. Es ist zweifelhaft, ob es gelingt, mit „bad banks“ gegen schmutzige Zertifikate eine neue Finanzmarkt-Architektur aufzubauen international, die die Gier nach möglichst hohen Renditen mit klaren Regeln bremst und kontrolliert. Die Rezepte von Flassbeck sind: weitere Konjunkturprogramme im jährlichen Umfang von 50 Milliarden Euro, Kaufkraft der Unterschichten steigern und der Gefahr der „Lohndeflation“ ent-

gegenwirken, die Rating-Agenturen entmachten (Problem: sie befinden sich fast alle in den USA, nicht Europa), Abbau der extremen Exportorientierung der deutschen Wirtschaft, eine progressive Einkommenssteuer für die Millionäre und Milliardäre. Investieren in Bildung, Umweltschutz, Entwicklungszusammenarbeit. Wenn die Staatsverschuldung mit diesen Maßnahmen erheblich gesteigert wird, soll die Politik immer daran denken: Etwa 40 Prozent der Mittel fließen in die Staatskasse wieder zurück.

Der österreichische EU-Abgeordnete Herbert Bösch (Bregenz) kritisiert das Dumping bei den Unternehmenssteuersenkungen und den Betrug mit grenzüberschreitenden Firmenverschiebungen durch Mehrwertsteuer-Betrügereien. Das europäische Eis wird in Krisenzeiten sehr dünn, erläutert der SPÖ-Politiker, und hält Frankreich und England zunehmenden Protektionismus in der nationalstaatlichen Wirtschaftspolitik vor. „Sind denn alle Betriebswirte geworden, gibt es keine Volkswirte mehr?“ lautet der Argwohn von Herbert Bösch. Seine Parteikollegin aus der Schweiz, Hildegard Fässler, räumt mit der neoliberalen Mythenwirtschaft auf und gibt sozialdemokratische Antworten dazu. Die 5 Mythen lauten: Der Markt regelt alles bestens. Es braucht keine starken Staaten, horrenden Gehälter sorgen für hochqualifizierte Manager. Mit Geld bekommt man noch mehr Geld. Die USA haben ein vorbildliches Wirtschaftssystem. Fässler fordert eine globale Diskussion über ethische Standards in den Unternehmen und massive Investitionen zur Wertschöpfung in Zukunftstechnologien in der Bildung, im Verkehr, im Energie- und Umweltsektor. Mit kurzfristiger Gewinnmaximierung dürfen keine falschen Anreize mehr gegeben werden.

Das Dossier „Steuerbetrug, Bankgeheimnis und Steueroasen“

In einem gemeinsamen Schreiben hat das Präsidium der Bodensee-Internationale (SBI) zur Rückkehr auf eine sachliche Diskussion um Steueroasen aufgerufen. Das Schreiben ging an den deutschen Finanzminister Peer Steinbrück und an den SPD-Bundesvorstand. Die Schweizer Nachbarn zeigen sich in dieser Sache sehr kooperativ und haben bereits damit begonnen, durch Doppelsteuerabkommen mit europäischen Staaten (Dänemark) das Bankgeheimnis einzuschränken. Wegen der Verbalattacken von Peer Steinbrück auf die benachbarten Länder Österreich, Schweiz und Luxemburg seit einigen Wochen werden sozialdemokratische Politiker in der Schweiz vom rechten Spektrum angefeindet und als „Nazi“ verleumdet, wenn sie für eine Überwindung des Bankgeheimnisses öffentlich eintreten. Heiner Flassbeck seinerseits hält die Debatte um die Steueroasen nur für einen „Nebenkriegsschauplatz“, der vom Versagen in anderer Beziehung (neue Finanzmarktarchitektur und nationale Steuerhinterziehung) nur ablenken soll. Man kann nicht Wahlkampf machen mit

der Friedensdividende durch die Idee der europäischen Einigung und dann damit drohen: „Früher hätte man solche Probleme militärisch gelöst“ (Münzfeiring). In Berlin hat es dazu übrigens eine Aussprache gegeben zwischen Peer Steinbrück und einer Abordnung Schweizer Parlamentarier. Die Baseler SP-Ständerätin Anita Fetz nach der Unterredung: „Steinbrück ist ein harter Typ, aber humorvoll. Zudem ist er sehr präzise in seinen Dossiers. Alles in allem ein umgänglicher Typ.“ Er versprach, er werde seinem lockeren Mundwerk mal die Zügel anlegen.... Die Schweizer Bundesrätin Michelin Calmy-Rey (SP) reiste als Außenministerin ihres Landes persönlich nach Berlin, um mit ihrem Amtskollegen Frank-Walter Steinmeier über den entstandenen „Kollateralschaden“ zu sprechen.

Europafest der Lindauer SPD am Europaplatz

In der von Norbert Zeller moderierten Diskussion wurden die Thesen der Experten weiter vertieft. Im Mittelpunkt standen dabei die Konjunkturprogramme in Deutschland, Österreich und der Schweiz, das Vorgehen gegen toxische Papiere mit der „bad bank“, der Zeithorizont für die neue Finanzmarktarchitektur und die nationale Steuerpolitik in D,A,CH. Besonders begrüßt wurden bei der Frühjahrstagung die frühere bayrische SPD-Landtagsabgeordnete Heidi Lück (Durach bei Kempten), der neue Landtagsabgeordnete Paul Wengert (Augsburg), die bayrische SPD-Kandidatin für das EU-Parlament, Monika Borchert-Bösele (Memmingen) und der ehemalige St.Galler Nationalrat Hans Schmid. Viele Besucher folgten der Einladung des SBI-Präsidiums Olga Pircher, Fredi Alder und Norbert Zeller, noch beim Europafest der Lindauer Genossen am Europaplatz (vor der Zufahrt zur Insel) vorbeizuschauen. Für das leibliche Wohl der Gäste sorgten vor allem Bärbel Krämer-Kubas, Regina Fackelmayer und Erich Schäfler. Mit griechischer Folklore unterhielten Lazaros Stertsos, Mandana Soi Wieland und Michael Giftakis die Besucher, und viel Beifall belohnte später auch die Jazz-Rhythmen des Trios „Jambread“ von den Lindenberger Jungsozialisten, die Leo Wiedemann zu diesem Auftritt animieren konnte. Die amtierende Präsidentin der Bodensee-Internationale, die Vorarlberger SPÖ-Landtagsabgeordnete Olga Pircher, dankte abschließend Hermann Dorfmueller von der Lindauer SPD für die gelungene Organisation vor Ort bei der diesjährigen Frühjahrstagung der SBI.

Kontakte zwischen Herbert Bösch und süddeutschen Parteibezirken

„Ich werde in Brüssel immer mehr zum Regionalpolitiker, und zwar nicht nur für die Region Vorarlberg, sondern auch in den angrenzenden Bereichen im Allgäu und am Bodensee.“ Tatsächlich pflegen die Sozialdemokrat/innen zwischen dem nördlichen Ufer des Bodensees, dem bayrischen Allgäu und dem Vorarl-



Foto: Jochen Jehle

berger EU-Abgeordneten Mag. Herbert Bösch (SPÖ) sehr enge diplomatische Beziehungen. Bösch wird häufig zu europapolitischen Versammlungen der Ortsvereine und Kreisverbände der SPD zwischen Friedrichshafen und Sonthofen eingeladen. Auch jetzt



Foto: Erich Schäfler

während des Wahlkampfes zu den Europa-Wahlen am 7. Juni. Das hat zum einen damit zu tun, dass die eigenen SPD-EU-Abgeordneten in Bayern und Baden-Württemberg doch fast eine halbe Tagreise auf sich nehmen müssen, um an den Bodensee zu einem Redeauftritt zu gelangen. Auf der anderen Seite setzt sich Herbert Bösch engagiert für Brüsseler Subventionen aus den einschlägigen Fördertöpfen ein, auch

wenn sie ausnahmsweise nicht kommunalen Interessen auf österreichischer Gemarkung unmittelbar gelten.

Aktuell geht es um künftige Hackschnitzel-Heizungen in Lindau und um ein Naturkundemuseum in Immenstadt am Alpsee. Vor 15 Jahren hat sich Herbert Bösch zusammen mit dem bayrischen EU-Abgeordneten Klaus Rehder in einer medienwirksamen Aktion für die unverzügliche Abschaffung der Ausweiskontrolle bei den Bahnreisenden zwischen Lindau und Bregenz eingesetzt. Jetzt engagiert sich der Vorarlberger SPÖ-Europapolitiker für verbesserte Rahmenbedingungen der mittelständischen Dienstleistungswirtschaft zwischen Bregenz und dem Montafon bei grenzüberschreitenden Investitionen im Schweizer Nachbarland. Man kann Herbert Bösch nur die Daumen drücken, dass er bei der Europawahl am 7. Juni genügend Vorzugsstimmen von den Wählerinnen und Wählern im Ländle bekommt, damit er wieder ins EU-Parlament in Straßburg bzw. Brüssel einziehen kann.

W. Bernhard

Hinzuzufügen zu obigem Artikel ist noch, das Herbert Bösch die Internationalität des Europafestes der Lindauer SPD noch dadurch unterstrich, indem er wie selbstverständlich als österreichischer EU-Politiker am deutschen EU-Stand Wahlwerbung für die EU-Wahlen machte. Möglicherweise war dies eine „Erstveranstaltung“ in der EU.

Ein weiterer Bericht zur Frühjahrstagung der SBI von Hermann Dorf Müller aus Lindau kann in **Vorwärts online in der Rubrik "Vor Ort" abgerufen werden:**

<http://www.vorwaerts.de>

K-H-K

Nach dem Ende der neoliberalen Mythen mit sozialdemokratischen Ideen zu einem neuen fairen Realismus

Rede von Hildegard Fässler, Nationalrätin, CH-Grabs bei der SBI-Frühjahrstagung in Lindau am 23. Mai 2009 zum Thema

„Finanzkrise in Europa“

Das Ende der neoliberalen Mythen-Wirtschaft

Die momentane weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise hat mit brutaler Deutlichkeit aufgezeigt, dass die neoliberale Wirtschafts- und Politikordnung kein brauchbares Konzept ist, sondern dass sie fast nur auf Mythen aufgebaut war. Diese sind nun, genau 30 Jahre nach dem Amtsantritt von Margaret Thatcher, nachhaltig zerstört.

Mythos 1: Der Markt, insbesondere der Finanzmarkt regelt alles bestens. Er darf möglichst wenig eingeschränkt werden. Seine Selbstregulierung und Selbstkontrolle genügt vollauf.

Mythos 2: Es braucht keinen starken Staat. Er muss möglichst zurück gebunden werden.

Mythos 3: Nur mit horrenden Gehältern finden die Unternehmen die besten Leute. Der internationale Wettbewerb um die besten Führungskräfte ist wichtig und zeitigt die besten Resultate.

Mythos 4: Mit Geld ist noch mehr Geld zu machen. Der Anlagemarkt ist eine Art Perpetuum mobile.

Mythos 5, zumindest in der Schweiz: Die Wirtschaft der USA ist vorbildlich. Sie generiert laufend neue Arbeitsplätze

Mythos 1:

Der wenig regulierte und sich selbst kontrollierende Finanzmarkt hat das Entstehen der schlimmsten Blase seit Jahrzehnten weder erkannt noch verhindert und auch nicht gut auf das Platzen reagiert. Banken und Rückversicherungen sind untergegangen oder brauchen Staatshilfe in ungeahnter Höhe.

Mythos 2:

In der Krise rufen die Unternehmen nach dem Staat. Die Steuerzahlenden müssen für die Fehler der Ver-

sager in den Chefetagen gerade stehen. Viele Betriebe, insbesondere Bankinstitute haben nur dank massiver Finanzspritzen aus den Staatskassen überlebt. Wer „too big to fail“ ist, wird gerettet – oder er verstärkt die Krise, wie im Fall der US-Investmentbank Lehman Brothers.

Mythos 3:

Wären in den unverschämte bezahlten Unternehmensleitungen die Besten gewesen, so hätten sie die Krise durch weniger Gier, mehr Vorsicht und Bescheidenheit nicht herbeigeführt. Sie hätten Kritiker und Kritikerinnen nicht totgeschwiegen oder entlastet, sie hätten die Unabhängigkeit und die Kompetenzen der für das interne Controlling Zuständigen gefördert, und sie hätten mit ihnen zusammen nachgedacht und das Steuer herumgerissen.

Mythos 4:

Aus Geld wird nicht einfach Geld. Es müssen echte Werte geschaffen werden, durch Hand- und Kopfarbeit, in der Realwirtschaft, in den produzierenden Betrieben, bei den Dienstleistungen, nicht in der intransparenten Surrealwirtschaft von Börsenspielern, Finanzvehikel-Erfindern und Casino-Kapitalisten. Es gibt auch im Finanzbereich kein Perpetuum mobile. Für jeden Gewinn muss irgendwann jemand bezahlen. Es ist unerträglich, dass nun die kleinen Leute bei uns, aber auch in den Entwicklungs- und Schwellenländern diesen Preis bezahlen müssen.

Mythos 5:

Die Schuldenwirtschaft der USA lässt weltweit alle bezahlen. Sie vernichtet weltweit Arbeitsplätze.

Die Situation in der Schweiz

Mit den beiden Grossbanken UBS und CS hat die Schweiz zwei weltweit agierende Unternehmen, die gleich zu Beginn der Finanzkrise in grosse Bedrängnis kamen, als andere Banken noch weit weg von finanziellen Engpässen standen. Vor allem die UBS hatte sehr viel Geld in den sog. Subprimes und musste 2007/2008 rund 59 Mrd. CHF (40 Mrd. Euro) abschreiben. Die CS war mit rund 3 Mrd. US-Dollar im Subprime-Geschäft gewesen. Der Schweizer Rückversicherer Swiss Re, der weltweit grösste seiner Branche, musste allein im Okt. 2007 1.2 Mrd. CHF abschreiben, da ein Kunde im Subprime-Geschäft engagiert gewesen war.

Im Oktober 2008 musste der Schweizer Staat der UBS ein Darlehen von 6 Mrd. CHF zur Verfügung stellen und für rund 60 Mrd. CHF sog. toxische Papiere übernehmen. Das Engagement kostet pro Kopf

der Schweizer Bevölkerung fast 10'000 CHF oder gut 6000 Euro. Die CS kam bis heute ohne staatliche Hilfe durch die Finanzkrise, aber mit Verlusten in Mrd.-Höhe.

Das Vertrauen der Anleger in die beiden Grossbanken war und ist teilweise immer noch erschüttert. Der UBS wurden verwaltete Gelder in Mrd.-Höhe entzogen, 2008 insgesamt 226 Mrd. CHF, während ihr ein Jahr zuvor noch 141 Mrd. CHF zugeflossen waren. Der CS waren 2008 3 Mrd. CHF abgeflossen. Dagegen wurden die Kantonalbanken, die Raiffeisenbank und PostFinance mit neuen Kundengeldern regelrecht überschwemmt.



Nach der Krise des Schweizer Finanzplatzes, der eine wichtige Säule der Schweizer Wirtschaft ist (2006: 13% Steuereinnahmen, 11% BIP, rund 120'000 Banken-Arbeitsplätze, davon 30'000 in der Vermögensverwaltung), traf die Krise auch den Werkplatz Schweiz. Die Schweiz ist ein Exportland und damit von den wirtschaftlichen Verhältnissen in der EU, in den USA, aber auch in China, Japan oder Indien abhängig. Der Investitionsstopp in vielen unserer Exportländer schlägt direkt auf unsere Industrie durch. Gerade hier im Raum Bodensee gibt es z.B. viele Autozubehörfirmen, die die Flaute der Autobranche in Deutschland oder in den USA sofort zu spüren bekamen. Bis vor kurzem hat der noch gute Binnenkonsum unserer Wirtschaft geholfen. Doch die Konsumentenstimmung wird zunehmend schlechter, so dass nun auch die Binnenwirtschaft in Schwierig-

keiten kommt. Zudem stellen gewisse Firmen fest, dass es schwieriger wurde, Kredite zu bekommen oder dass sich die Kriterien für Kredite verschärft haben.

Die Kurzarbeit nimmt seit dem Winter stetig zu, zurzeit sind es etwa 1500 Betriebe mit rund 30'000 betroffenen Beschäftigten. Die Arbeitslosenquote steigt und beträgt momentan 3.5% oder 1/3 mehr als vor einem Jahr. Die Prognose für 2010 ist 5.2%, was rund 200'000 Menschen ohne Arbeit entspricht.

Dass durch die Finanzknappheit in anderen Ländern, insbesondere aber in der EU und in den USA das Schweizer Bankgeheimnis mit seiner auch für mich unverständlichen Unterscheidung von Steuerhinterziehung und Steuerbetrug unter Druck kam, ist ein unbequemer Nebeneffekt. Für mich und die SP Schweiz ist klar, dass ein zukunftsfähiger Finanzmarkt nicht auf an der Steuer vorbei geschmuggeltem Schwarzgeld basieren kann. Leider lenkt die Diskussion um die Wortwahl von Peer Steinbrück die Sicht in der Schweiz vom eigentlichen Problem ab – und auch vom absolut unprofessionellen Verhalten unserer beiden Grossbanken im Bezug auf die Verbriefung von Hypotheken in den USA. Die Schweiz muss nun rasch handeln und das abgegebene Versprechen in Sachen Bankgeheimnis und Doppelbesteuerungsabkommen einlösen, damit das Vertrauen in unseren Staat und in unsere Bankinstitute wieder hergestellt wird.

Forderungen aus sozialdemokratischer Sicht.

Es darf nicht sein, dass kleine Leute wie Ursula und Peter (die beliebtesten deutschen Vornamen seit 1890) bezahlen müssen für die Fehler einiger CEO's. Daher sind die Politikerinnen und Politiker zum Handeln aufgefordert.

Landesintern, kurzfristig:

- Konjunkturprogramme mit nachhaltig wirksamen Investitionen (alternative Energien, Gebäudesanierungen, Hochwasserschutz, Bachsanierungen, Lawinenschutz, öV)
- Kein Abbau bei den Leistungen an Arbeitslose.
- Unterstützung der Schul – und LehrlingInnen (Lehrstellenfonds, Weiterbildungsgutscheine, Praktika, Möglichkeit für erste Berufserfahrungen nach der Ausbildung im Ausbildungsbetrieb)

Landesintern, mittel- und langfristig:

- Steuerliche Entlastung der Familien mit Kindern
- Ausbau des Kindertagesstättenangebots zu tragbaren Preisen für alle

- Umbau der Steuern von der Belastung der Arbeit, der Löhne hin zu einer Besteuerung des Ressourcenverbrauchs (ökologische Steuerreform)
- Verkleinerung unserer Grossbanken (keine mehr too big to fail)
- Mehr demokratische Mitsprache in den Unternehmen und Aktionärsghremien
- Werte-Diskussion, Ethik als Inhalt, nicht als nebensächlicher Pflichtstoff

Rund um den Bodensee:

- Investitionen in den Schienenverkehr
- Grenzübergreifende, anerkannte Praktikumsentsätze für Lehrlinge, Lehrtöchter, aber auch Ausgebildete
- Gemeinsame Kultur- und Tourismusprojekte
- Gemeinsame Energieprojekte für neue erneuerbare Energiequellen

International:

- Stärkung der Politik gegenüber der Wirtschaft; nur ein starker Staat ist ein sozialer Staat
- Stärkung der Finanzaufsichtsgremien, Unabhängigkeit der Ratingagenturen
- Zulassungsprüfungen für neue Finanzvehikel (wie bei Heilmitteln), da diese ja auch toxisch, also giftig sein können
- Abgaben bei grenzüberschreitenden Finanzaktionen (Tobin-Tax)
- Annäherung der Währungen
- Globalisierung nur mit Regulierungen
- Einführen von Steuersystemen, die die Arbeit entlasten, den Ressourcenverbrauch belasten und die Gewinne aus Geld nicht privilegieren.
- Keine falschen Anreize mehr durch kurzfristige Gewinnmaximierung
- Faire Löhne, auch international
- Faire Preise für fairen Handel
- Abrüstung weltweit und Investitionen in zukunftsgerichtete Branchen

Aber am wichtigsten:

Eine globale Werte-Diskussion.

Es darf nicht einfach alles wieder werden, wie es war. *Und hier hat die Sozialdemokratie und zwar die linke Sozialdemokratie etwas zu bieten: Soziale Gerechtigkeit und Sicherheit, Solidarität, Chancengerechtigkeit und nachhaltiges Handeln sind unsere Kernkompetenzen!*

Hildegard Fässler, NR

SP Schweiz klar.sozial

Kanton St. Gallen

SP Fraktion Kantonsrat St.Gallen

Welche Bildung braucht die Wirtschaft?

Einfache Anfrage von SP Kantonsrätin Anita Blöchli Moritzi, Abtwil

Der Kanton unterstützt die International School mit 1 Mio., da stellt sich die Grundsatzfrage, ob die Förderung von Privatschulen mit Staatsgeldern echte Wirtschaftsförderung ist und wie sich das mit einem gut etablierten öffentlichen Bildungswesen verträgt. Das Geld wird schlicht an einem anderen Ort fehlen. Wo? Die Attraktivität der Schweiz und des Kantons St. Gallen besteht gerade in einem guten öffentlichen Bildungswesen, in einem guten Gesundheitssystem und der öffentlichen Sicherheit. Diese Faktoren sind für Investoren interessant. Wer mit seiner Familie aus beruflichen Gründen in die Schweiz kommt, sucht sich, natürlich gute Ausbildungsmöglichkeiten für seine Kinder, doch wo steht geschrieben, dass dies im öffentlichen Schulwesen nicht möglich ist? Der Lehrplan der International School ist - ausser dass die Unterrichtssprache Englisch ist - auch auf die wichtigsten Bildungsinhalte konzentriert. Genau dies wird auch in der Volksschule vermittelt.

Wenn wir einen echten Mangel haben, dann den, dass wir keine vollständigen Tagesschulen anbieten. Doch mit genug finanziellen Mitteln, wäre es ein Leichtes, diese einzuführen.

Eine Ökonomisierung der Bildungslandschaft, wie sie von Privatschulen vorangetrieben wird, schwächt dieses gute System. Hat unsere Regierung noch nicht mitbekommen, dass das neoliberale Denken nicht zielführend ist und uns eine Krise beschert hat?

Wir brauchen Geld für die Bildung im öffentlichen Bildungswesen. Die Einäugigkeit der Regierung ist ärgerlich und wirft die Frage auf, warum seit Jahren im Bereich Bildung, in der Volksschule und den Mittelschulen gespart wird. Lehrpersonen werden zu Mehrarbeit verpflichtet, flächendeckende sozialpädagogische Unterstützungen fehlen. Wenn die Schulklassen um die Hälfte verkleinert würden, könnten mehr Lehrpersonen pro Schulkind zuständig sein, was auch eine sehr sinnvolle Investition wäre.

Warum nicht dieses Geld einer staatlichen Schule zukommen lassen mit dem Leistungsauftrag, eine "internationale Klasse" zu bilden?

Was meint unser Bildungschef dazu?

1. Welches Interesse hat die Regierung an einem Netz gut ausgebauter Privatschulen?
2. Wie ist die Haltung des Vorstehers des Bildungsdepartementes, wie will er die Stärkung der Volksschule vorantreiben?
3. Ist die Förderung von Privatschulen mit Staatsgeldern echte Wirtschaftsförderung?
4. Wie verträgt sich das mit einem gut etablierten öffentlichen Bildungswesen?
5. Das Geld wird schlicht an einem anderen Ort fehlen. Wo wird es weggespart?
6. Steht die Regierung zur Etablierung von Tageschulen und flächendeckenden Früh-Förderungen für alle Kinder und ist bereit, auch diese mit grosszügigen Mitteln zu unterstützen?

25. Mai 2009,

Anita Blöchliger Moritzi

Communiqué der SP Fraktion

Massnahmen gegen Prämienanstieg und klare Unterstützung der Lehrstelleninitiative

Die SP Fraktion hat gestern in St.Gallen die Geschäfte der Junisession beraten. Die Lehrstelleninitiative wird als taugliches Mittel zur Schaffung von zusätzlichen Lehrstellen angesehen.

St.Gallen – Die Lehrstelleninitiative der Juso, die gemeinsam mit der SP und den Gewerkschaften lanciert wurde, kommt genau zum richtigen Zeitpunkt. Die Lehrstellen geraten aufgrund der Krise unter Druck. Da braucht es Massnahmen, um diese Lehrstellen zu erhalten und neue zu schaffen. Die SP Fraktion setzt sich in der Junisession für die Initiative ein und bekämpft die ablehnende Haltung von Regierung und vorberatender Kommission.

Demographiebericht und Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Die SP Fraktion hat erfreut von den beiden Berichten Kenntnis genommen. Die 13 Massnahmen, die die Regierung zu einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie in der Staatsverwaltung aufzeigt, sind ein Schritt in die richtige Richtung. Auch der zweite Bericht, den die Regierung dem Kantonsrat vorlegt, ist aus Sicht der SP Fraktion positiv zu werten. Der Bericht zur „Politik im demographischen Wandel“ verschafft eine gute Faktenlage und zeigt auf, wo Handlungsbedarf besteht.

Massnahmen gegen die Krise: 312 Mio. sofort investieren

Bereits in der Aprilsession hat die SP Fraktion gefordert, den Gewinn der Rechnung 08 sofort wieder zu investieren. Als klare Forderung stand damals das „Rote Konjunkturpaket“ zur Diskussion. Die anderen Parteien hielten es nicht für nötig, eigene Vorschläge zur Ankurbelung der Konjunktur zu präsentieren. Die SP Fraktion bedauert, dass diese Chance verpasst wurde und der satte Gewinn von 312 Mio. nicht sofort wieder investiert wird.

Prämienlast verringern

Die SP Fraktion hat zusammen mit den Grünen eine Standesinitiative vorgeschlagen, die einen Prämienanstieg von maximal 4% fordert. An dieser Forderung hält die SP Fraktion fest. In der Junisession wird mit einem weiteren Vorstoss ein möglicher Weg aufgezeigt, damit der Prämienanstieg verkraftbar ausgestaltet werden kann. Die Krankenkassenprämien sind bereits jetzt für viele Personen eine grosse finanzielle Belastung.

Rückfragen an:

**Barbara Gysi, Fraktionspräsidentin
Peter Olibet, Fraktionssekretär**



Deine Vorzugsstimme für Herbert Bösch

SPÖ Vorarlberg unterstützt Herbert Bösch beim Vorzugsstimmen-Wahlkampf

Eine Vorzugsstimme Herbert Bösch zu geben ist sehr einfach. Nachdem die SPÖ angekreuzt wurde, im freien Feld - unter "Bezeichnung eines Bewerbers" - Herbert Bösch handisch hinschreiben. Dadurch kann unserer Vorarlberger EU-Abgeordneter direkt in das Europäische Parlament gewählt werden, vorausgesetzt wir schaffen es, dass genügend Stimmen zusammen kommen.

SPÖ-Express, 29.05.2009

Herbert Bösch unterwegs in Höchst

Der Vorarlberger EU-Abgeordnete gehört zu jenen Mandataren, die im ständigen Kontakt mit der Bevölkerung stehen. Allein seit 2007 hat Herbert Bösch weit über 20 Bezirkstage absolviert, an zahlreichen Diskussionsveranstaltungen teilgenommen und in etlichen Sprechstunden Lösungen für Probleme gefunden, die im Zusammenhang mit der Europäischen Union aufgetreten sind.

So kam er auch vergangene Woche nach Höchst, um mit den Menschen über seine Ideen zu Europa zu

diskutieren. Durch den Ort begleitete ihn SPÖ-Ortsparteivorsitzender Franz Makovec. Es zeigte sich, dass die Höchsterinnen und Höchster Herbert Bösch kennen und schätzen.

SPÖ-Express, 29.05.2009

SPÖ-Posch: Gehaltsverzicht kein Rezept gegen Wirtschaftskrise

Arbeitsplätze sichern statt privaten Konsum abwürgen

„Der private Konsum stellt mittlerweile die wichtigste Stütze für die Wirtschaft dar. Es wäre fatal, wenn die privaten Ausgaben durch Einbußen bei den Einkommen abgewürgt würden“, erklärt LAbg. Werner Posch. Wenn die Löhne und Gehälter weiter unter Druck geraten, werde das die Krise nur weiter verschärfen und auch verlängern, so Posch.

Wir können nicht verstehen, dass die Ausschüttungen und Dividendenzahlungen an Unternehmenseigentümer nicht in Frage gestellt werden. Stattdessen wird der ganze wirtschaftliche Druck der Krise wieder einmal auf die Beschäftigten abgewälzt. Die Unternehmen könnten hier entsprechende Zeichen setzen und ihren Beschäftigten eine angemessene Entlohnung ohne Gehaltsverzicht ermöglichen. „Denn schließlich kann eine Volkswirtschaft nur angekurbelt werden, wenn die Nachfrage wieder steigt. Faire Lohn- und Gehaltserhöhungen sind daher das Kernstück einer seriösen Nachfragepolitik“ so der SPÖ-Arbeitsmarktsprecher Posch abschließend.

SPÖ-Express, 29.05.2009

Mattheis begrüßt die Entscheidung der UNESCO zur Anerkennung der Schwäbischen Alb als Biosphärenreservat

„Die Anerkennung der Schwäbischen Alb als UNESCO-Biosphärenreservat ist ein wichtiger Baustein für die Entwicklung eines nachhaltigen und erfolgreichen Tourismuskonzepts für unsere Region“, so die SPD-Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis, die stellvertretendes Mitglied im Tourismusausschuss des Bundestages ist.

Die Verleihung des UNESCO-Siegels reiht sich ein in eine Linie von positiven Entwicklungen im Touristikbereich in Ulm und Alb-Donau-Kreis. Löwenmensch, Kunsthalle Weishaupt, die Venus von Schelklingen sind dabei nur einige Beispiele. „In wirtschaftlich schwierigen Zeiten erlebt der heimische Tourismus große Umsatzzuwächse. Daher ist es

besonders wichtig, gerade jetzt Angebote auszubauen und zu entwickeln“, führt Mattheis weiter aus.

Neben dem touristischen Aspekt, stellt die Anerkennung aber auch eine Würdigung des in unserer Region existierenden Ausgleichs zwischen Mensch, Natur und (Land-)Wirtschaft dar. „Gerade hierin liegt eine besondere Stärke unserer Region, da die Menschen hier Arbeit, Erholung und Natur in unmittelbarer Nähe finden können“, unterstreicht Mattheis.

27.05.2009

Wahlkreisbüro Hilde Mattheis, MdB

Erklärung

Der Deutsche Bundestag hat mit großer Mehrheit den fraktionsübergreifenden Gesetzentwurf zur diamorphingestützten Substitutionsbehandlung angenommen. Für den Entwurf stimmten 349 Abgeordnete, dagegen stimmten 198 Abgeordnete, 3 Abgeordnete enthielten sich. Hierzu erklärt Hilde Mattheis, stv. Sprecherin der Arbeitsgruppe Gesundheit der SPD-Bundestagsfraktion:

Die Entscheidung ist gut für die Schwerstabhängigen, die dringend Hilfe brauchen, aber auch für die Mitarbeiter in den Drogenambulanzen, die engagierte Arbeit leisten. Endlich haben wir eine sichere gesetzliche Grundlage für die Fortsetzung der Versorgung vor Ort.

Der angenommene Gesetzentwurf sieht vor, dass zur Behandlung schwerstkranker Opiatabhängiger die Diamorphin-Behandlung als zusätzliche Option eingeführt wird. Sie soll in das Regelsystem der gesundheitlichen Versorgung integriert werden. Modellprojekte und die damit verbundene klinische Studie haben klar nachgewiesen, dass die Diamorphinbehandlung den Gesundheitszustand und die Lebensumstände von Schwerstopiatabhängigen verbessert und zwar mit signifikant besseren Ergebnissen als bei der Methadonbehandlung. Bei den Betroffenen handelt es sich um langjährig schwerstabhängige Menschen in äußerst kritischem Gesundheitszustand. „Durch die jahrelange Heroinabhängigkeit ist ihr Körper schwer gezeichnet. Für sie ist die Behandlung mit Diamorphin die letzte Therapieoption, die allerletzte Chance in ein geregeltes Leben zurückzukehren.

Dies hat das Modellprojekt bestätigt“, betont Hilde Mattheis. Die diamorphingestützte Substitutionsbehandlung ist ausschließlich für eine klar begrenzte Zielgruppe bestimmt. Die Abhängigen müssen bereits ernsthafte Behandlungsversuche mit herkömmlichen Substitutionsmitteln unternommen haben. Die Behandlung ist zudem an strikte Regularien für Indikationsstellung und Durchführung gebunden und darf

nur in speziell dafür bestimmten Einrichtungen vorgenommen werden. Weitere Maßnahmen wie ein Sondervertriebsweg und eine entsprechende Qualifikation der Ärzte sind ebenfalls vorgesehen.

„Der beschlossene Gesetzentwurf bietet Schwerstabhängigen eine neue Perspektive, eine Möglichkeit in ein geregeltes Leben zurückzufinden. Gleichzeitig enthält er die notwendigen strengen Sonderregelungen, die wir beim Umgang mit dieser besonderen Substanz brauchen“, sagt Hilde Mattheis.

Der jetzt beschlossene fraktionsübergreifende Gesetzentwurf wurde bereits bei der Einbringung von 249 Abgeordneten aus den Fraktionen SPD, FDP, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen unterzeichnet. Abgeordnete von CDU und CSU haben dem Entwurf einen eigenen Antrag entgegengesetzt, der, trotz eindeutig positiver Studienergebnisse, lediglich die Fortführung der Modellvorhaben vorsah. Nach Annahme des überparteilichen Entwurfes wurde über den Antrag der Union nicht mehr abgestimmt.

29.05.2009

Büro Hilde Mattheis, MdB

Gleicher Lohn jetzt – und nicht in 150 Jahren

Renate Gradistanac forderte im Bundestag Gesetz, Druck und Quote für Lohngerechtigkeit in Deutschland

„Mehr Druck“ auf die Wirtschaft fordert Renate Gradistanac. Die Gleichstellung von Mann und Frau im Erwerbsleben müsse gesetzlich geregelt werden.

In einer Rede im Deutschen Bundestag stellte die stellvertretende frauenpolitische Sprecherin einen Zehn-Punkte-Plan der SPD-Fraktion vor. Dieser fordert auch eine Quotenregelung für die Besetzung von Aufsichtsratsposten, gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit und einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn. Renate Gradistanac zitierte den Sozialdemokraten August Bebel, von dem der Satz stammt: „Die Freiheit einer Gesellschaft misst sich immer an der Stellung der Frau.“ Gemessen daran, so Gradistanac, sei in Deutschland Ungleichbehandlung die Regel.

Die Fakten: Frauen verdienen im Schnitt 23 Prozent weniger als Männer. Wenn die freie Wirtschaft die Angleichung der Löhne und Gehälter im selben Tempo betreibe, müssten Frauen noch 150 Jahre auf gleichwertige Bezahlung warten – trotz gleicher Ausbildung, gleichem Beruf und obschon sie im selben Alter sind und über dieselbe Berufserfahrung verfügen.

Gradistanac: „Frauen werden diskriminiert. Und die Politik tut zu wenig dagegen.“ In den 200 größten deutschen Unternehmen außerhalb des Finanzsektors seien 2,5 Prozent der Vorstandsposten mit Frauen

besetzt. Die Abgeordnete zitierte Daimler-Vorstand Dieter Zetsche – als „beschämend“ empfinde er es, dass im Vorstand keine einzige Frau vertreten sei, und dies seit 60 Jahren schon.

Europaweit, sagte Renate Gradistanac, rangiere der Frauenanteil in Top-Gremien im Schnitt bei elf Prozent. „In Norwegen sind die Aufsichtsräte von börsennotierten Unternehmen zu 41 Prozent mit Frauen besetzt. In Norwegen gilt eine 40-Prozent-Quote. Ohne Gesetz, Druck und Quote geht es offensichtlich nicht. Die künftigen Frauengenerationen setzen nicht 150 Jahre auf die Gutwilligkeit der Männer.“

Büro Renate Gradistanac, MdB

Fortsetzung von S. 7 Nein zu Verfassungsänderungen

Dies gilt umso mehr, als die Union derzeit jeden Versuch unternimmt, mit teuren Geschenken an die eigene Klientel Wählerstimmen zu fangen. Wie der Fall Hypo Real Estate (HRE) gezeigt hat, bekämpft sie jeden Ansatz, die Lasten der Finanzkrise für den Staat durch die Umwandlung von öffentlichen Hilfen in Eigentumstitel zu begrenzen. Nur so könnte man aber den Steuerzahler nicht zum reinen Bürgern degradieren, sondern auch an künftigen Erträgen beteiligen.

Die Weltwirtschaftskrise hat die Rahmenbedingungen für öffentliche Haushalte dramatisch verändert. Niemand kann heute die künftige ökonomische Entwicklung, die der Finanzmärkte, die der vom Staat im Zuge der Rettungsmaßnahmen eingegangenen Kredit- und Bürgschaftsrisiken, die der Steuereinnahmen und der Ausgaben für Krisenfolgen seriös voraussagen.

Eine starre grundgesetzliche Regelung kann diesen Risiken keinesfalls gerecht werden, geschweige denn den notwendigen politischen Gestaltungsspielraum sichern. So hebt die Schuldenregel bei der Frage des finanziellen Spielraums von Bund und Ländern allein auf wirtschaftliches Wachstum oder Naturkatastrophen ab. Dringend benötigte Investitionen in Bildung, Schulen und Universitäten würden nur möglich sein bei einem Tsunami in der Nordsee oder einem Erdbeben! Ländern und Kommunen wird ein finanzpolitisches Korsett angelegt, das sie in unverantwortlicher Weise lähmt oder/und zu Kostgängern des Bundes degradiert.

Aus der Vergangenheit wissen wir aber, dass gerade in Wachstumsphasen nach Krisen hohe Defizite in Sozialkassen und öffentlichen Haushalten entstehen, weil die Entwicklung der Steuer- und Beitragseinnahmen sowie des Arbeitsmarktes dem Wachstum mit zeitlicher Verzögerung folgt. In der Wirtschaftsgeschichte fehlt es nicht an Beispielen für staatliche Konsolidierungspolitik, die im Aufschwung Krisen verlängert oder verschärft hat.

Seriöse Modellrechnungen haben aufgezeigt, welche katastrophalen Folgen für Wirtschaft und Arbeitsmarkt es gehabt hätte, wenn eine Bundesregierung in diesem Jahrzehnt eine "Schuldenbremse" nach dem jetzt vorliegenden Modell einzuhalten gehabt hätte: Selbst ohne Einbeziehung von Ländern und Kommunen und der ökonomischen Langfristwirkungen wäre die Wirtschaft um ca. 1,5 % weniger gewachsen und die Arbeitslosigkeit in der Spitze um 500.000 Menschen höher gelegen.

Die Kommunen werden die ersten Opfer der geplanten Neuregelung sein. Sie tragen zwei Drittel aller öffentlichen Investitionen und sollen Garanten der Daseinsvorsorge von Kinderbetreuung über soziale Dienste bis zur Ver- und Entsorgung sein. Gleichzeitig leiden sie besonders unter den Krisenfolgen, sowohl was die Sozialausgaben als auch was die Einnahmen, v. a. aus der Gewerbesteuer, betrifft. Ihnen fehlt es völlig an Möglichkeiten, unter dem Diktat der geplanten neuen Finanzordnung eigene Gestaltungsspielräume zu erhalten. De facto steht somit auch die kommunale Selbstverwaltung auf dem Spiel.

Wir können einer Verfassungsänderung nicht zustimmen, die den politisch Verantwortlichen ab 2011 nur vor folgende Alternativen stellt:

1. Massive Steuererhöhungen, selbst bei rückläufigen Ausgaben.
2. Massive Ausgabenkürzungen im höheren zweistelligen Milliardenbereich; dies würde nicht nur die Investitionen weitestgehend zum Erliegen bringen, sondern massive Einschnitte in soziale Leistungen bedeuten.
3. Bruch der Verfassung.
4. Änderung der Verfassung.
5. Eine Kombination einzelner dieser Alternativen.

Da keine dieser fünf Möglichkeiten heute den Wählerinnen und Wählern offen gelegt wird und keine dieser Möglichkeiten politisch wünschenswert ist, ist die grundgesetzliche Schuldenbremse aus unserer Sicht nicht vertretbar. Es ist der sechzigjährigen Geschichte, dem Charakter und der Aufgabe unserer Verfassung völlig unangemessen, sie mit der vorgesehenen detaillistischen und realitätsfremden Regelung zu befrachten.

Eine klare generelle Aussage zur Begrenzung staatlicher Kreditaufnahme und dem Gebot eines mittelfristigen Ausgleichs eventueller Defizite unter Verweis auf eine einfachgesetzliche Regelung würde dem gewünschten Ziel näher kommen und zur Rechtssystematik des Grundgesetzes passen. Da wir die Staatsschulden wirksam abbauen wollen, sehen wir dies als tragfähige Alternative zum vorliegenden Entwurf.

Die Sozialdemokratie will den Staat handlungsfähig halten. Wir wollen auch verhindern, dass die Masse

der Steuerzahler und die sozial Schwachen die Folgen der Krise tragen. Deshalb kann es eine Regelung der Staatsschulden ohne eine gerechte Regelung der Einnahmenseite nicht geben. Andernfalls entsteht der Verdacht, dass der Staat mit seinen Krisenlasten zugunsten des Finanz- und Unternehmenssektors zur ohnmächtigen Geisel der Welt- und Finanzmärkte gemacht werden soll.

In Zeiten massiver Steuereinnahmeausfälle, von Rettungsschirmen für Banken und Unternehmen, von Bad Banks, von steigender Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit und sozialer Lasten stellt sich die Frage nach der Lösung des Problems der Staatsverschuldung in dramatischer Weise. Wir werden es mit praktischer Politik lösen.

Die vorgeschlagene Verfassungsänderung wird dem angegebenen Zweck nicht gerecht, sondern gefährdet die Glaubwürdigkeit politischer Entscheidungsträger und beschädigt unser Grundgesetz in unverantwortlicher Weise."

29. Mai 2009

Renate Gradistanac MdB

Nein zum Anbau von Gen-Mais **Renate Gradistanac fordert ein europaweites Verbot**

Renate Gradistanac hat sich im Deutschen Bundestag gegen den Anbau von Gen-Mais in Deutschland ausgesprochen. Die SPD-Abgeordnete unterstützt damit das von Bundesagrарministerin Ilse Aigner (CSU) durchgesetzte Verbot.

Die SPD-Fraktion, so Gradistanac, solidarisiere sich europaweit mit Österreich, Ungarn, Frankreich, Polen, Griechenland und Luxemburg – auch dort ist der Anbau bislang verboten. „Die EU darf diese Mitgliedsstaaten nicht zwingen, den Anbau wieder zuzulassen“, schreibt die Abgeordnete.

Laut den Agrarexperten der SPD-Fraktion deuteten aktuelle Untersuchungen darauf hin, dass der im Genmais produzierte Giftstoff nicht nur gegen jenen einen „Schädling“ wirke, der gezielt bekämpft werden soll, sondern weitere Insekten töte. Außerdem verbreiteten sich die Genmais-Pollen deutlich weiter als bisher angenommen.

„Es reicht nicht aus, den kommerziellen Anbau von Gen-Mais für diese Saison zu verbieten“, erklärt Renate Gradistanac. „Ich setze mich für ein konsequentes Verbot auf EU-Ebene ein.“

Büro Renate Gradistanac, MdB



Europa-Quiz

Fit für die Europawahl – Das SPD-Europaquiz

- 1 Wie viele deutsche Abgeordnete sitzen im Europäischen Parlament?
a) 50 b) 99 c) 121
- 2 Seit wann dürfen die EU-Bürgerinnen und Bürger die Abgeordneten des Europäischen Parlaments direkt wählen?
a) seit 1979 b) seit 1994 c) 2009 ist das erste Mal
- 3 Wie viele EU-Mitgliedstaaten haben bereits einen gesetzlichen Mindestlohn?
a) 15 Staaten b) 20 Staaten c) 7 Staaten
- 4 Mit welchen Ländern führt die EU derzeit Beitrittsverhandlungen?
a) Marokko und Ägypten b) Norwegen und Island c) Kroatien und Türkei
- 5 In etlichen Bundesländern finden in diesem Jahr parallel zur Europawahl am 7. Juni Kommunalwahlen statt. Schätzen Sie in wie vielen Ländern.
a) In 7 b) In 3 c) In allen 16
b)
- 6 Das Internet spielt im Europawahlkampf eine wichtige Rolle. Welche dieser folgenden Internetseiten wird von Politikern zur direkten Vernetzung und zum Austausch mit den Wählerinnen und Wählern genutzt?
a) Facebook b) Google c) Spiegel Online
- 7 Frauen verdienen im europäischen Durchschnitt immer noch weniger als Männer. Schätzen Sie mal, wie hoch die Lohndifferenz zwischen Frauen und Männern in Europa ist.
a) 8 Prozent b) 35 Prozent c) 17 Prozent
- 8 Die EU setzt sich für einen starken Verbraucherschutz europaweit ein. Sie stärkt in vielen Bereichen die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher und sorgt für sinkende Preise bei vielen Produkten. In welchem Bereich hat die EU zuletzt deutlich niedrigere Preise europaweit durchgesetzt?
a) bei den Brotpreisen b) bei den Roaming-Gebühren für Mobiltelefonieren im europäischen Ausland c) bei den Tarifen für europäisches Fernsehen
- 9 Wie viele Fördermittel erhält Deutschland in der gegenwärtigen Förderperiode (2007 – 2013) Von der EU? Schätzen Sie einfach mal!
a) 189.000 Euro b) 6,4 Mrd. Euro c) 26,3 Mrd. Euro
- 10 Was plant die SPD zukünftig in Europa trockenzulegen?
a) Die Keller in allen hochwassergefährdeten Wohngebieten b) Kneipenmeilen, die länger als 500m sind c) Steueroasen

Lösungen:

zu 1. b) Nach der Europawahl am 7. Juni wird Deutschland auch weiterhin durch 99 Abgeordnete im Europäischen Parlament vertreten sein. Deutschland hat damit die meisten Sitze aller EU-Mitgliedstaaten. Die SPD-Abgeordneten sind in der Fraktion der europäischen Sozialdemokraten zusammengeschlossen, der derzeit zweitgrößten Fraktion im Europäischen Parlament. Der Vorsitzende dieser Fraktion ist der SPD-Spitzenkandidat für die Europawahl, Martin Schulz.

zu 2. a) Bereits 1979 wurde das Europäische Parlament zum ersten Mal von den EU-Bürgerinnen und Bürgern direkt gewählt. Die direkte Wahl der Europaabgeordneten ist ein wichtiges Element europäischer Demokratie. Das Parlament hat seitdem erheblich an Einfluss gewonnen: In der großen Mehrzahl europäischer Rechtsakte entscheidet es gleichberechtigt mit den Regierungen im Ministerrat.

zu 3. b) Bereits 20 Mitgliedsländer der EU haben einen gesetzlichen Mindestlohn. Die SPD kämpft dafür, dass Deutschland nachzieht und ebenfalls einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn einführt. Mit einem Europäischen Pakt gegen Lohndumping wollen wir existenzsichernde Mindestlöhne in allen EU-Mitgliedstaaten festschreiben, die sich am jeweiligen Durchschnittseinkommen der Länder orientieren sollen.

zu 4. c) Die EU führt mit Kroatien und der Türkei Beitrittsverhandlungen. Die EU-Staats- und Regierungschefs haben dies einstimmig beschlossen. Die SPD steht für eine verlässliche europäische Außenpolitik, die sich an ihre Zusagen hält. Deshalb treten wir auch weiterhin für eine faire Beitrittschance der Türkei zur EU ein. Klar ist aber, dass die Türkei für einen Beitritt zur EU die erforderlichen Kriterien vollständig und umfassend zu erfüllen hat.

zu 5. a) In sieben Bundesländern finden am 7. Juni parallel zur Europawahl Kommunalwahlen statt: Baden-Württemberg, Saarland, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen. Eine Vielzahl europäischer Regelungen wirkt sich direkt oder indirekt auf das kommunale Handeln in Deutschland aus. Die Europawahl ist deshalb auch für die kommunale Ebene von herausragender Bedeutung. Die SPD steht für starke und handlungsfähige Städte, Gemeinden und Kreise in einem sozialen Europa, das Arbeitnehmerrechte schützt, Lohn- und Sozialdumping verhindert, öffentliche Dienstleistungen sichert, Klima- und Umweltschutz fördert und Vielfalt respektiert.

zu 6. a) Im sozialen Netzwerk Facebook sind mittlerweile die meisten Politiker und auch Europaabgeordneten vertreten, um mit Wählerinnen und Wählern sowie Unterstützern in Kontakt zu bleiben. Auch der SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier und der SPD-Spitzenkandidat für die Europawahl Martin Schulz haben ein Facebook-Profil.

zu 7. c) In Europa verdienen Frauen durchschnittlich 17 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen, in Deutschland beträgt der Anteil sogar 23 Prozent. Deshalb fordert die SPD: gleicher Lohn für gleiche Arbeit auch zwischen den Geschlechtern! Eine neue europäische Initiative zur Verwirklichung der Lohngleichheit von Frauen und Männern mit klaren Zielvorgaben, Kontrollmechanismen und Sanktionsmöglichkeiten ist dringend erforderlich.

zu 8. b) Die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament haben bei Roaming-Gebühren für Handygespräche im europäischen Ausland gegen starke Opposition seitens der Industrie die Verbraucherinteressen durchgesetzt und für wesentlich niedrigere Preise und mehr Transparenz gesorgt.

zu 9. c) Für alle EU-Mitgliedsstaaten sind im Zeitraum von 2007 bis 2013 insgesamt Fördermittel in Höhe von rund 346 Mrd. Euro vorgesehen. Deutschland erhält EU-Strukturfondsmittel in Höhe von 26,3 Mrd. Euro. 15,3 Mrd. Euro fließen davon in die ostdeutschen Bundesländer. Damit ist Deutschland das viertgrößte Empfängerland. Die SPD tritt für eine soziale und zukunftsgerichtete Förder- und Strukturpolitik der EU ein. Die Schaffung von Arbeitsplätzen, Bildung und Weiterbildung, eine moderne Infrastruktur, Forschung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung müssen noch stärker durch die EU-Förderpolitik unterstützt werden.

zu 10. c) Die Finanzkrise erschüttert unsere Wirtschaft. Die SPD tut alles, um Unternehmen und Arbeitsplätze zu schützen. Die gegenwärtige wirtschaftliche Krise zeigt sehr deutlich: Märkte, die sich selbst überlassen sind, funktionieren nicht im allgemeinen Interesse. Märkte brauchen Regeln. Wir wollen deshalb eine neue politische Ordnung auf den Finanzmärkten durchsetzen. Dazu gehört auch, dass Steueroasen in Europa und weltweit konsequent trocken gelegt werden. Die SPD hat die Initiative ergriffen, dass Deutschland und Europa strengere Regeln und Sanktionen gegenüber Steueroasen durchsetzen.

Herausgeber: SPD-Parteivorstand, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin,
Druck: Braunschweig Druck GmbH, Art.-Nr.: 260 65 04

Termine:

07.06.2009

- **Gemeinderatswahl**
- **Kreistagswahl**
- **Europawahl**

22.06.2009

Kreisvorstandssitzung

20.00 Uhr bis 22.00 Uhr

parteiöffentlich

22.07.2009

Kreisvorstandssitzung

19.30 Uhr bis 22.00 Uhr

parteiöffentlich

17.08.2009

Kreisvorstandssitzung

19.30 Uhr bis 22.00 Uhr

parteiöffentlich

27.09.2009

Bundestagswahl

05.10.2009

Kreisvorstandssitzung

19.30 Uhr bis 22.00 Uhr

parteiöffentlich

23.11.2009

Kreisvorstandssitzung

19.30 Uhr bis 22.00 Uhr

parteiöffentlich

Schulz hält Merz als Industriekommissar für ungeeignet

Halle (AP) Im Rennen um den Posten des EU-Industriekommissars hat SPD-Spitzenkandidat Martin Schulz die Union attackiert. Wegen ihres Kandidaten Friedrich Merz sehe er bei der CDU eine Glaubwürdigkeitslücke, sagte Schulz am Mittwoch dem Sender MDR Info. Einerseits fordere Bundeskanzlerin Angela Merkel ein soziales Europa. Andererseits solle mit Merz der «radikalste Vertreter des Marktliberalismus» und Verfasser des Buches «Mehr Kapitalismus wagen» in die Kommission geschickt werden. «Das passt nicht zusammen», erklärte Schulz.

Schulz und Merz gelten als erste Kandidaten für die Nachfolge von Günter Verheugen (SPD). Der derzeitige EU-Industriekommissar wird noch in diesem Jahr seinen Posten räumen.

Schulz griff zudem Italiens Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi an. Dieser sei nach wie vor demokratiefeindlich, zitierte ihn der Sender. Die Art und Weise, wie dieser Mann die Axt an den Rechtsstaat in Italien lege, sei dramatisch. Er halte das auch für ein europäisches und nicht für ein alleiniges italienisches Problem. Im Juli 2003 waren Schulz und Berlusconi im Europaparlament verbal heftig aneinandergeraten.
27.03.2009 **EUROPA Nachrichten**

Rabauke mit großen Ambitionen

SPD-Kandidat Martin Schulz will EU-Kommissar werden

www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2009/0527/politik/0048/index.html

"Wir wollen faire Finanzmärkte"

Im Interview mit der FR erklärt der Europa-Abgeordnete Udo Bullmann, wie die SPD Opel eine Perspektive geben will.

www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/hessen/1772563_Spitzenkandidaten-fuer-die-Europawahl-3-Wir-wollen-faire-Finanzmaerkte.html

27.03.2009

EUROPA Nachrichten

Impressum

Herausgeber:

Matthias Mayr, Medienreferent SPD Bodenseekreis
Weinbirnenstraße 5
88048 Friedrichshafen

Deutsche Gruppe SBI und Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI – D - (Präsident MdL Norbert Zeller)

Redakteure, verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Karl-Heinz König, Rebhalde 3, D 88709 Meersburg Tel.: 07532/313048
e-mail: roterseehas@kabelbw.de

und

Willi Bernhard, Rosenstr. 36, D 88074 Meckenbeuren Tel.: 07542/21012
e-mail: willibernhard@gmx.de

Weitere Autoren in dieser Ausgabe:

EUROPA Nachrichten SPD-Vorstand:	Willi.Carl@spd.de www.spd.de www.wahlkampf09.de
Dr. Roland Peter, Pressesprecher: Renate Gradistanac, MdB:	roland.peter@spd.landtag-bw.de renate.gradistanac@bundestag.de renate.gradistanac@wk.bundestag.de
Hildegard Fässler, NR: Anita Blöchliger Moritz: SPD-Fraktion:	hildegard.faessler@bluewin.ch info@sp-fraktion.ch www.spdfraktion.de
Alfred Diebold: Evelyne Gebhardt:	Alfred.Diebold@gmx.net Gebhardt@europarl.europa.eu
Hilde Mattheis, MdB: Peter Friedrich, MdB:	Hilde.Mattheis@bundestag.de peter.friedrich@wk.bundestag.de
Norbert Zeller, MdL: Adrian Wiemer:	norbert.zeller@spd.landtag-bw.de adrian@wiemer-2000.de
Helmut Kees, Vors. OV Lindau: Barbara Gysi, Kantonsrätin, SP:	Helmut.Kees@t-online.de bgysi@bluewin.ch
Peter Olibet, Parteisekretär: SPÖ-Express:	kantonalpartei@sp-sg.ch hubert.loetsch@spoe.at

Die mit Namen gekennzeichneten Artikel geben die Meinung der Verfasserin oder des Verfassers wieder.

[E-Mail-Abonnement \(ab\)bestellen](#)

(Karl-Heinz König)

roterseehas@kabelbw.de